Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (einschließlich des dreispaltigen Teil einer Textzeile) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur werktags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 9

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 RM (einschließlich 30 Pfennig Postgebühr), durch die Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H., Dresden-A., Schießgasse 7. Schriftleitung und Redaktion: Wilsdruffer Straße 2, Fernruf 17 236. Postscheckkonto: Dresden 18 690. Sprechstunden: Montags 16–18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17–18 Uhr betriebs- und arbeiterrechtl. Fragen, Freitags 18–19 Uhr politische Sprechstunde.

7. Jahrgang | Dresden, Sonnabend den 23. Mai 1931 | Nummer 95

Straßenschlacht in Stuttgart!

Bewaffnete Nazi-Banden unter Schutz faschistischer Polizeioffiziere
Kommunisten und sozialdemokratische Arbeiter stehen zusammen

Stuttgart, 23. Mai (Eig. Bericht)

Die letzten 48 Stunden haben zu Vorgängen geführt, die die gesamte Bevölkerung Stuttgarts und ganz Württembergs in ungeheure Aufregung versetzten. Eine Nazi-Mordbrigade hat nach öffentlicher Ankündigung einen Rachefeldzug gegen die Arbeitervorstadt Haslach unternommen und wurde dabei von der Polizei in bisher beispielloser Weise unterstützt. Es kam zu einer Stunden andauernden Straßenschlacht, bei der es auf beiden Seiten viele Verwundete gab. Die Arbeiter, die unbewaffnet waren, setzten sich mit Pflastersteinen und Gartenzaunlatten zur Wehr und behaupteten die Straße. Auf beiden Seiten ist die Zahl der Verwundeten sehr groß. Die kommunistische Tageszeitung, die Süddeutsche Arbeiter-Zeitung, ist beschlagnahmt worden. Ueber ganz Württemberg ist der Kleine Belagerungszustand verhängt. Die gesamte werktätige Bevölkerung ist sich einig darüber, daß es sich um eine wohl organisierte Provokation aller faschistischen Kräfte handelt. Beim Kampf mit den Faschisten haben sozialdemokratische Arbeiter gemeinsam mit kommunistischen und parteilosen Proletariern den Mordstaffeln Widerstand geleistet.

Zu den Vorgängen wird uns aus Stuttgart berichtet:

In dem Arbeitervorort Haslach kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen der werktätigen Bevölkerung, nationalsozialistischen Sturmtruppe und der Polizei. Schon seit Wochen drohten die Nationalsozialisten mit einer Strafexpedition gegen das rote Haslach, das in seiner Mehrheit kommunistisch ist. Seit Tagen forderte das Naziblatt öffentlich zum „Marsch durchs rote Haslach" auf. Die Stuttgarter Polizei unternahm nichts, um die so systematisch vorbereiteten Ueberfälle zu verhindern. Gestern abend sammelten sich die Sturmtruppe der Nationalsozialisten, schwer bewaffnet, um ihre Drohungen wahrzumachen. Die Kommunistische Partei hatte die Arbeiterbevölkerung zur Gegendemonstration aufgerufen. Ueber 5000 Arbeiter und Angestellte folgten dem Rufe der Kommunistischen Partei, um die werktätige Bevölkerung vor dem Terror der nationalsozialistischen Mordtiegen zu schützen. **Unter dem Schutze von mehreren Hundertschalten Polizei rückten die Nationalsozialisten gegen den Arbeiterort vor.** Ermutigt durch die offen zutage tretende Sympathie der Polizeioffiziere und mehrerer faschistischer Polizisten provozierten die Nationalsozialisten in der unglaublichsten Weise. Mit Dolchen, Schlagringen und Totschlägern schlugen die Nationalsozialisten auf die arbeitende Bevölkerung ein. Als die angegriffenen Arbeiter sich zur Wehr setzten, stellte sich die Polizei demonstrativ auf die Seite der Nationalsozialisten und schlug mit Gummiknüppeln auf die Arbeiter ein. Völlig unbeteiligte Männer und Frauen, völlig unbeteiligte Passanten, alles, was nicht zu den Nationalsozialisten gehörte, wurde von den Polizeioffizieren und den Nazifaschisten niedergeschlagen. Die Arbeiterschaft leistete gegen die gemeinsame Front der Polizei und Nationalsozialisten Widerstand. Es entwickelte sich eine regelrechte Straßenschlacht. Stundenlang tobte der Kampf.

Die Arbeiter, die keinerlei Waffen besaßen, rissen die Steine aus dem Straßenpflaster und setzten sich damit zur Wehr.

Es bildete sich dabei eine offene Einheitsfront, SPD-Arbeiter kämpften Schulter an Schulter mit den kommunistischen und parteilosen Arbeitern. Die Zahl der Verwundeten auf beiden Seiten ist sehr groß. Viele der Verletzten mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Erst in den Morgenstunden flauten die Kämpfe ab. Unter Führung der Kommunisten veranstalteten die Arbeiter sofort eine große Protestdemonstration.

Was sich in Stuttgart ereignet hat, ist nach den Vorgängen in Lembach und Reichenbach das Tollste, was man bisher hinsichtlich des Zusammenarbeitens zwischen Polizei und Nationalsozialisten erlebte. Die Stellungnahme der Polizei für die bewaffneten SA-Arbeiter war so offenkundig, daß selbst ein großer Teil der bürgerlichen Presse nicht umhin kann, scharf Stellung zu nehmen gegen diese Vorgänge. Die Kommunistische Partei und die revolutionären Massenorganisationen werden die Arbeiterschaft mobilisieren, um gegen weitere Vorstöße der faschistischen Terrorbanden gewappnet zu sein.

SPD-Presse muß Polizeischuld zugeben

Gestern früh wurde die Süddeutsche Arbeiter-Zeitung, nach bevor sie fertig gedruckt war, durch die Polizei beschlagnahmt. Das ist die zweite Beschlagnahme in den letzten 5 Tagen.

Die erste Beschlagnahme erfolgte wegen der Veröffentlichung eines Artikels von Scheringer zu dem gewaltigen Massenaufmarsch der Arbeiter in der Reichswehrgarnisonstadt Ulm. Die gestrige Beschlagnahme erfolgte wegen einem Bericht der Süddeutschen Arbeiter-Zeitung über die Straßenschlacht in Haslach. Obwohl dieser Bericht schon mit Rücksicht auf die besondere Verfolgung der Süddeutschen Arbeiter-Zeitung abgefaßt worden war, wurde die Beschlagnahme durchgeführt.

Das hiesige sozialdemokratische Organ und eine Anzahl bürgerliche Zeitungen müssen unter der Wucht der Tatsachen feststellen, daß die Nationalsozialisten in Haslach bewaffnet eingezogen sind. Die sozialdemokratische Schwäbische Tagwacht verlangt Bestrafung der schuldigen Polizeibeamten. Wenn sich das sozialdemokratische Organ zu einer solchen Forderung aufschwingt, so ist das nur der Beweis dafür, wie groß die Erregung der gesamten werktätigen Bevölkerung Stuttgarts ist.

Die gestrige Ausgabe der nationalsozialistischen Zeitung überschlägt sich förmlich in Mordhetze gegen die Kommunisten. Die Faschisten sind von der Haltung der Polizei begeistert und spenden ihr reiches Lob. Trotz der wüsten Mordhetze wurde diese Zeitung nicht beschlagnahmt.

Erwerbslose stürmen Rathaus

Halle, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Donnerstag kam es in mehreren Ortschaften des hallischen Bezirks zu wirkungsvollen Hungeraktionen der Erwerbslosen. In Gräfenhainichen demonstrierten hunderte Erwerbslose für ihre Forderungen. Sie stürmten das Rathaus und erzwangen vom Bürgermeister die Auszahlung der ungekürzten Unterstützungssätze und eines Vorschusses von 6 Mark. Die Auseinandersetzungen mit dem provozierenden Dezernenten des Wohlfahrtsamtes hatten zur Folge, daß dieser ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Eine stark besuchte Erwerbslosenversammlung in Schornewitz beschloß die Durchführung eines Hungermarsches und wählte eine Delegation zum Gemeindevorsteher, der unter dem Druck der Massen sich zur Auszahlung der Unterstützungssätze in alter Höhe bereit erklärte.

In Holzweißig stürmten die Erwerbslosen das Gemeindeamt. Die Scharfmacher unter den Bürobeamten flüchteten panikartig in die Aborträume. Die Erwerbslosen erzwangen die Herausgabe von Lebensmittelscheinen zum kostenlosen Bezug von Lebensmitteln. Eine nachmittags von 400 bis 500 Erwerbslosen besuchte Kampfkundgebung forderte in einer Entschließung die Organisierung eines Mieterstreiks und Schulstreiks.

45 SPD-Arbeiter kommen zur KPD

Königsberg, 23. Mai. (Eig. Drahtm.)

Vor kurzem meldeten wir den Uebertritt des ostpreußischen SPD-Kreistagsabgeordneten Latza zur Kommunistischen Partei. Der intensiven Werbearbeit des Genossen Latza ist es gelungen, 45 sozialdemokratische Arbeiter im Kreis Sensburg zur KPD zu bringen. So war es möglich, daß in diesem Kreis wo unsere Partei bisher noch recht schwach war, 7 neue Ortsgruppen der KPD gegründet wurden.

Der Arbeiter Tietsch aus Dessau erklärt:

„Viele Arbeiter glauben an die Möglichkeit der Aenderung des Kurses der SPD. Ich habe, wie so viele andere, erkannt, daß es unmöglich ist, die Handlung eines Hermann Müller und Severing zu vertreten. Diese haben mich überzeugt, daß ihre Politik zum Faschismus führt. Nach 27 Jahren langer Mitgliedschaft in der SPD wende ich mich ab und trete zur KPD über, die die Trägerin und Förderin der besten Traditionen der sozialistischen Bewegung ist. Arbeiter, Genossen, folgt meinem Beispiel!" — Aus der neuen Broschüre „Wo bleibt der zweite Mann", die für 10 Pf. beim Internationalen Arbeiterverlag, Berlin C. 25, und bei jeder Arbeiterbuchhandlung zu haben ist.

Kampfbeschluß Lauchhammer, Gröditz!

Kampfausschuß bei Astra-Maschinenfabrik, Dresden, gewählt

Die Betriebsversammlung der „Astra"-Maschinenfabrik Dresden wählte in einer Belegschaftsversammlung, zu der ein RGO-Referent angefordert wurde, einstimmig einen vorbereitenden Kampfausschuß.

Die Firma will durch Entlassungsdrohung den Lohn senken und, schon rechnend mit dem Durchsetzen der Unternehmerforderung auf die Abbaubarkeit der Löhne, durch Einzelverträge mit den Arbeitern die Löhne gewaltig senken. Die Belegschaft der „Astra" ist entschlossen, den frechen Anschlag abzuwehren.

Die Widerstandsfront der Metallarbeiter gegen die Lohnräuber wächst unaufhaltsam an. In den Betrieben wächst die Empörung gegen die DMV-Bürokratie, die schon heute erkennen läßt, daß sie mit den Metallkönigen bereit ist, im Wege des Kuhhandels die Lohnabbauforderung der Ausbeuter zu halbieren. Die Metallarbeiter aber rüsten zum **Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub.** Sie erkennen, daß die Beschlüsse der Chemnitzer Konferenz der sächsischen Metallarbeiter am 17. Mai allein den Ausweg zeigen. So beschlossen die Arbeiter des Lauchhammerwerkes eine Resolution, die den Kampfwillen der Arbeiter dokumentiert. Sie lautet:

„Die öffentliche Belegschaftsversammlung des Lauchhammerwerkes Gröditz am 19. 5. beschließt einstimmig nach Kenntnisnahme der Beschlüsse der Delegiertenkonferenz der vorbereitenden Kampfausschüsse der sächsischen Metallbetriebe in Chemnitz, sich hinter deren Forderungen zu stellen. Die Versammlung beschließt, alles einzusetzen, damit einem Aufruf des Zentralen Kampfausschusses zur Arbeitsniederlegung durch alle Metallarbeiter Folge geleistet wird. Die Versammelten protestieren gegen den Ausschluß der roten Betriebsräte des Lauchhammerwerkes aus dem DMV und werden als Antwort auf die Spaltungsarbeit der reformistischen Bürokratie erst recht alles einsetzen, um eine starke Betriebsgruppe der RGO zu schaffen. Die Versammlung spricht den reformistischen Betriebsräten, die an dem Ausschluß und der Spaltungsarbeit beteiligt sind, das schärfste Mißtrauen aus.

Alles für einen einheitlichen Kampf der Metallarbeiter unter Führung der RGO!"

Dieser Beschluß der Stahlwerksarbeiter in Gröditz ist die einzig richtige Antwort an die Lohnräuber und ihre reformistischen Helfershelfer, die an dem gleichen Tag, wo die Arbeiter diesen Beschluß faßten, die berüchtigte Vereinbarung gegen die Hüttenarbeiter trafen, um die einheitliche Kampffront der Metallarbeiter zu sprengen. **Rüstet in allen Metallbetrieben zum Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub! Kämpft gegen die Halbierungstaktik des „kleineren Uebels" seitens der DMV-Bonzen! Wählt vorbereitende Kampfausschüsse!**